

2 Öffentlichkeit und Netz

Politische Meinungs- und Willensbildung vollzieht sich zumeist in Sphären kommunikativen Handelns, die gemeinhin als Öffentlichkeiten beschrieben werden. Um die Rolle der Piratenpartei im politischen Diskurs in den Blick zu bekommen, wird sich im Folgenden ein Überblick über die Entstehung und Verwendung des Öffentlichkeitsbegriffes sowie seine Bedeutung für die politische Theorie verschafft.

2.1 Öffentlichkeit als semantisches Feld

Im gesellschaftspolitischen Diskurs stellt Öffentlichkeit einen Leitbegriff dar, den Bernhard Peters (2007) in drei verschiedene Begriffsverwendungen differenziert. Zum Ersten dient „öffentlich“ in Abgrenzung zum „Privaten“ der Bezeichnung „...von sozialen Handlungs- und Verantwortungsbereichen mit grundsätzlich verschiedenem normativem Charakter“ (55). Es geht also um die Unterscheidung zwischen der Privatsphäre und den öffentlich zugänglichen Informationen über eine Person und berührt damit beispielsweise mit Fragen der Datensicherheit den Schutz der Privatsphäre.⁵ Zum Zweiten wird „öffentlich“ mit den Gegenbegriffen „privat“ und „geheim“ verbunden und dient der „...Grenzziehung im Bereich Kommunikation und Wissen“ (56).⁶ Dabei handelt es sich um eine Unterscheidung, die in Bereichen der Politik, staatlicher Verwaltung und Wirtschaft zum Tragen kommt. „Privat“ steht hier für Wissensformen, die sich in Privatbesitz befinden – beispielsweise in Form von Patenten. „Geheim“ dient bei bestimmten Formen der Kommunikation zur Unterscheidung von öffentlicher Kommunikation und kommt zum Beispiel als Vertragsgeheimnis oder

⁵ In der Programmatik der Piratenpartei z. B. spiegelt sich diese Sichtweise in ihrer Forderung nach dem Schutz der Privatsphäre im Netz wieder.

⁶ Auch hier findet sich diese Sichtweise in der Programmatik der Piratenpartei wieder. Ihre Forderung nach Zugang zu Wissen für alle und nach weitgehender Transparenz für politische und staatliche Prozesse formuliert ihr Streben nach der Überwindung eben jener von Peters identifizierten Grenzziehung zwischen öffentlich zugänglichen Informationen und jenen gesellschaftlich relevanten Bereichen, in denen Informationen aus den verschiedensten Gründen unter Verschluss gehalten werden. In erster Linie wären hier mit öffentlichen Belangen in Verbindung stehende Informationen, aber auch Patentgeheimnisse und Ähnliches zu verstehen.

bei der Geheimhaltung von Vorgängen in staatlichen Behörden zum Tragen. Zum Dritten identifiziert Peters mit der „Sphäre der Öffentlichkeit“ einen Bereich, der Elemente der ersten beiden Begriffsverwendungen aufnimmt und mit zusätzlichen normativen Gehalten verknüpft.

„Öffentlichkeit bezeichnet hier eine Art Kollektiv mit einer bestimmten Kommunikationsstruktur oder eine Sphäre kommunikativen Handelns mit bestimmten anspruchsvollen Merkmalen und Funktionen.“ (Peters 2007: 56)

2.2 Habermas' normativer Öffentlichkeitsbegriff

Die Sichtweise von Öffentlichkeit als „Sphäre kommunikativen Handelns“ wurde maßgeblich durch den von Jürgen Habermas entwickelten normativen Öffentlichkeitsbegriff geprägt. Dieser beruht auf der Annahme eines aus dem „Privaten“ heraus auf öffentliche Plätze hervortretenden Publikums, welches dort über den Austausch von Meinungen Öffentlichkeit herstellt (vgl. Habermas 1994: 441ff). In **STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT** beschrieb Habermas (1962) zunächst die historische Entwicklung dieses umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozesses, der seit dem 18. Jahrhundert die politische Kultur westlicher Gesellschaften prägte. Mit seinem Verständnis von Öffentlichkeit als einer zentralen Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft identifizierte er die Funktion (politischer) Öffentlichkeit⁷ als Schlüssel zur Demokratisierung.

Um die politische Öffentlichkeit in ihrer Bedeutung für die Meinungs- und Willensbildung besser in den Blick zu bekommen, ist es wichtig zu verfolgen, wie Habermas seine Gesellschaftstheorie später weiterentwickelte. In Folge seiner Beschäftigung mit den systemtheoretischen Ansätzen von Parsons (1971) und Luhmann (1984) entwickelte er ein Verständnis moderner Gesellschaft als in unterschiedliche Teilsysteme ausdifferenziertes Sozialgefüge. Auf der einen Seite findet sich bspw. mit der Politik ein systemisch stabilisiertes Handlungssystem, das sich gegenüber den übrigen Handlungsbereichen der Gesellschaft mit einer ihm eigenen zweckrationalen Handlungslogik verselbstständigt hat (vgl. Habermas 1981b: 230). Auf der anderen Seite – und darin widerspricht Habermas der Luhmann'schen Systemtheorie – steht dem operativ geschlossenen System der Politik mit der *Lebenswelt* ein vormoderner Lebenszusammenhang der sozialen Akteure gegenüber (vgl. ebd. S.198ff). Der *Lebenswelt* räumt

⁷ Selbstverständlich gibt es neben der politischen Öffentlichkeit auch andere Felder der Öffentlichkeit wie bspw. in Kultur, Unterhaltung und Werbung. Bei den demokratietheoretischen Betrachtungen von Peters, Habermas und anderen wird der Begriff „Öffentlichkeit“ allerdings häufig als Synonym für „politische Öffentlichkeit“ genutzt.

Habermas „...den Status eines stets gegenwärtigen und selbstverständlichen Horizonts des kommunikativen Handelns ein.“ (Albrecht 2010: 41). Sie reproduziert sich durch die alltäglichen Sinndeutungen, über die sich die Akteure miteinander verständigen. Damit geht Habermas von einer Zweiteilung der Gesellschaft in ausdifferenzierte Systeme einerseits und nicht-ausdifferenzierter *Lebenswelt* andererseits aus.

Politische Öffentlichkeit ist nun weder *Lebenswelt* noch politisches System, sondern nimmt eine Zwischenstellung ein. Sie bildet einen sprachlich konstituierten Raum, der den Resonanzboden für Probleme herstellt, die das politische System bearbeiten muss, weil sie andernorts nicht gelöst werden können. Damit die politische Öffentlichkeit aber ihrer Rolle als Vermittler zwischen der *Lebenswelt* und dem System der Politik nachkommen kann, muss sie die zu behandelnden Probleme einflussreich thematisieren und dramatisieren, um sie mit entsprechendem Entscheidungsdruck in das politische Zentrum hineinzutragen. Schließlich soll politische Öffentlichkeit zudem die weitere Problembehandlung im politischen Zentrum kontrollieren. (vgl. Habermas 1994: 435) Mit dieser Rollenzuschreibung wird der Öffentlichkeit ein normativer Charakter attestiert, der sie in demokratischen Gesellschaften als eine zentrale Legitimationsinstanz politischer Herrschaft betrachten lässt (vgl. Beck 2006: 221).

2.3 Legitimation im politischen Diskurs

Die Legitimation politischer Entscheidungen durch Öffentlichkeit korrespondiert mit der Frage, unter welchen kommunikativen Voraussetzungen sich Entscheidungsprozesse vollziehen müssen, um ein befriedigendes Maß an demokratischer Beteiligung zu erreichen. Dieser Frage ging Habermas (1994) nach, indem er eine abstrakt formulierte und normativ angelegte Diskurstheorie entwickelte. Unter dem Paradigma der Verständigungsorientierung von Kommunikation (vgl. Habermas 1981a; 1981b) lässt sie sich als idealisiertes Konzept von Sprechsituationen zum Austausch von Geltungsansprüchen lesen und stellt einen Maßstab bereit, mit dem Verfahren zur politischen Entscheidungsfindung auf ihren demokratischen Gehalt hin überprüft werden können. Damit stellte Habermas einen Zusammenhang her „... zwischen öffentlicher Kommunikation, politischen Entscheidungen, und den kommunikativen Bedingungen, unter denen beide aufeinander bezogen werden sollten.“ (Albrecht 2010: 9). Die normative Diskurstheorie geht von einer Konsensbildung kraft rationaler Argumente aus. Sie postuliert einen Diskurs auf „Augenhöhe“ (jeder hat die gleiche Chance, mit seinen Argumenten Gehör zu finden), und sie geht von einem legitimierenden Effekt öffentlicher Diskussionen aus – also dass eine Entscheidung höhere Akzeptanz findet,

wenn sie durch eine Diskussion aller Betroffenen zustande kommt. Die normative Diskurstheorie stellt aber keine Theorie im Sinne einer Sammlung empirisch überprüfbarer Aussagen dar, sondern lässt sich eher als idealisiertes demokratietheoretisches Konzept beschreiben, das als Maßstab bei der nachfolgenden kritischen Betrachtung des aktuellen politischen Systems und seiner Verkopplung mit der massenmedialen Kommunikation dienen soll.

2.4 Kritik an der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit

In **STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT** formuliert Habermas (1962) seine Kritik an der modernen massenmedial vermittelten Öffentlichkeit. In ihr sah er den Nachfolger einer untergegangenen bürgerlichen Öffentlichkeit, der die westlichen Gesellschaften die Aufklärung und den Fortschritt wissenschaftlicher Vernunft zu verdanken haben. Die nun an ihre Stelle getretene massenmediale Öffentlichkeit gewährleistet aber nicht mehr die idealtypischen Vorgaben eines rationalen Austausches von Geltungsansprüchen unter Gleichberechtigten⁸, wie ihn die normative Diskurstheorie postuliert. Stattdessen werden die Diskussionen in der massenmedialen Öffentlichkeit von starken Interessengruppen dominiert. Indem sie sich der Massenmedien bedienen und durch ein Quasi-Monopol über ihre Verbreitungskanäle ein autoritäres Potenzial entfalten, sind sie in der Lage, soziale Kontrolle auszuüben. Es entsteht eine *vermachtete* Öffentlichkeit, „...die von Massenmedien und großen Agenturen beherrscht, durch Institutionen der Markt- und Meinungsforschung beobachtet und mit der Öffentlichkeitsarbeit, Propaganda und Werbung der politischen Parteien und Verbände überzogen wird“ (Habermas 1994: 444). Dies erscheint aus demokratietheoretischer Sicht besonders deswegen problematisch, weil politische Kommunikation und Meinungsbildung in diesem Umfeld als ein im Wesentlichen elitegesteuerter Prozess vonstatten zu gehen scheint (vgl. Wimmer 2008: 225).

Die Beschäftigung mit den Konzepten der normativen Diskurstheorie liefert ein ausgesprochen ambivalentes Bild. Einerseits spielen sie „...eine wichtige Rolle in aktuellen Demokratie- und Legitimitätstheorien“ (Peters 2007: 328). Andererseits finden sich in der Analyse der empirischen Wirklichkeit öffentlicher politischer Kommunikation eine Reihe von Anhaltspunkten, die darauf schließen lassen, dass die Realität massenmedial vermittelter Meinungs- und Willensbildung erheblich von den Idealvorstellungen normativer Demokratietheorien abweicht (vgl. Gerhards/ Neidhardt/ Rucht 1998). Das heißt: Anstelle der Übermittlung von in den *Lebenswelten* der Bürger wahrgenommenen Prob-

⁸ den Habermas in einem rasonierenden bürgerlichen Publikum des 18. Jh. vermutete, was ihm auch Kritik einbrachte, und welches er später relativierte.

lemen in die Politik finden in der massenmedial konstituierten Öffentlichkeit lediglich Scheindiskussionen über Themen statt, die zuvor von Experten nach strategischen Gesichtspunkten ausgewählt und zugespitzt wurden (vgl. Crouch 2008). Auch Habermas (2008) erkennt an dieser Stelle die Kontrafaktizität massenmedialer Öffentlichkeit zu seinen diskurstheoretischen Vorgaben. So blieben die Bürger im öffentlichen politischen Diskurs passiv und stumm, während sie eher misstrauisch einem politischen Schauspiel folgten, das sie zwar am Ende entweder beklatschen oder ausbuhen dürften, in dem aber eine aktive Beteiligung am politischen Diskurs ansonsten nicht weiter vorgesehen sei (160).

2.5 Netzkommunikation

2.5.1 *Strukturwandel 2.0?*

Der normativen Diskurstheorie kommt die Leistung zu, die Rolle der Öffentlichkeit für den demokratischen Prozess bewusst gemacht zu haben. Aus diesem Blickwinkel wird klar, dass viele Hoffnungen, die sich auf eine Wiederbelebung demokratischer Prozesse durch das Internet richten, im Grunde auf der Annahme beruhen, dass sich durch die zunehmende Nutzung der neuen Medien ein erneuter Strukturwandel der Öffentlichkeit abzeichnet. Wenn Habermas öffentlichen Diskurs als einen „...radial in alle Richtungen ausgreifenden und kontinuierlich fortgeschriebenen Text der Öffentlichkeit“ (1994: 452) beschreibt und sich Öffentlichkeit dabei „...am ehesten als Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben“ (ebd.: 436) lässt, so gewinnt dieser Netzwerkgedanke durch die technischen Möglichkeiten des Internets (als Netz der Netze) eine bemerkenswerte Aktualität. Im Gegensatz zur massenmedialen Öffentlichkeit, bei der aufgrund ihrer hohen Zugangsbarrieren nur wenige Kommunikatoren zu einem massenhaften Publikum sprechen (one to many), verspricht onlinebasierte Kommunikation eine öffentliche Sphäre, in der aufgrund ihrer niedrigen Zugangsbarrieren viele Kommunikatoren zu einem großen Publikum (many to many)⁹ sprechen können. So wird mit der zunehmenden Nutzung des Internets die Hoffnung verbunden, dass neue Impulse zur Stärkung diskursiver Verfahren ausgehen können (Zerfass/ Welker/ Schmidt 2008). Jene Hoffnung beruht auf der besonderen Netzwerkstruktur und den Interaktivitätspotenzialen des Internets. Es wird angenommen, dass internetbasierte Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer erhöhten Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen führen (Zittel 2003). Dadurch würden

⁹ oder auch many to one, was in der Regel als Kritikform des „Shitstorms“ daherkommt, auf den weiter unten eingegangen wird.

neue Formen der Meinungs- und Willensbildung denkbar, die insbesondere von der Stärkung direktdemokratischer Elemente und einer besseren Kontrolle der Delegierten in repräsentativen Entscheidungsstrukturen profitieren könnten.

2.5.2 Das soziale Netz

In Sachen „elektronischer Demokratie“, so merkt Claus Leggewie (1998: 16) an, ist allerdings häufig zu viel von neuer Technik und zu wenig von Demokratie die Rede. Unabhängig von den genutzten Kommunikationskanälen und ihren technischen Möglichkeiten stellt sich nämlich die Frage, wie die im Horizont der *Lebenswelt* wahrgenommenen Probleme über einen im Netz verankerten politischen Diskurs bearbeitet werden können und wie sie sich in das politische System überführen lassen.

Tatsächlich finden sich in den letzten Jahren zunehmend Anzeichen dafür, dass das Netz spätestens mit dem Erreichen des als Web 2.0 titulierten Entwicklungsstandes „sozial“ geworden ist. Das heißt nichts weniger, als dass sich die *Lebenswelten* vieler Menschen¹⁰ – medial vermittelt – im Netz abbilden, miteinander verknüpfen und damit Öffentlichkeiten strukturieren (vgl. Schmidt 2009). Dadurch entstehen neue Interaktivitätspotenziale, die zur Aggregation von Meinungen und zu neuen Formen von Kollaborationen führen können. Wenn also – wie oben gezeigt – die massenmediale Öffentlichkeit nicht mehr in der Lage ist, die in den *Lebenswelten* wahrgenommenen Probleme in das politische System zu übertragen, so lässt sich nun beobachten, wie die über das Netz miteinander verbundenen *Lebenswelten* ihrerseits neue Sphären der Öffentlichkeit ausbilden, in denen Probleme artikuliert und dramatisiert werden und somit auch zunehmend Druck auf das politische System ausüben.

2.5.3 Persönliche Öffentlichkeiten

Für Jan Schmidt (2009) trägt die massenhafte Nutzung des neuen sozialen Netzes¹¹ und seiner *Social Software* zum Entstehen bottom/ up strukturierter „persönlicher“ Öffentlichkeiten bei. Diese beginnen mittlerweile, ein Gegengewicht zu der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit zu bilden. Dabei ist vor allem die Resonanz ihrer Feedbackschleifen bemerkenswert, mit denen sich die an

¹⁰ dadurch, dass sie mithilfe der Anwendung sozialer Software (wie z.B. Weblogs, Homepages, Mitteilungsdienste und soziale Netzwerke) zu digitalen Publizisten geworden sind

¹¹ zur Terminologie vgl. Schmidt (2009)

Politik oder Wirtschaft¹² gerichtete Kritik häufig innerhalb kürzester Zeit dramatisiert. Die Kommunikationen innerhalb dieser je nach analytischer Perspektive als fragmentierte Öffentlichkeiten (Habermas 2008), persönliche Öffentlichkeiten (Schmid 2009) oder als Gegenöffentlichkeiten (Wimmer 2008) beschriebenen Sphären sind aber noch weit davon entfernt, die massenmediale Öffentlichkeit mit ihren klassischen Leitmedien (Presse und Fernsehen) abzulösen. Dennoch stehen die Akteure in Netz und Massenmedien unter gegenseitiger Beobachtung. Nicht nur setzen sich die in der massenmedialen Öffentlichkeit geführten Diskussionen in der Online-Welt fort, sondern auch diese steht unter der Beobachtung durch die klassischen Massenmedien.¹³ Dieses wechselseitige Beobachtungsverhältnis dürfte überdies den Resonanzboden für den „Hype“ um die Piratenpartei im Frühjahr/ Sommer 2009 gebildet haben, als ein sich zunächst im Netz vollziehender Diskurs die Aufmerksamkeit der Massenmedien errang, und sich schließlich die Mitgliederzahl der Piratenpartei innerhalb kürzester Zeit verzehnfachte (vgl. Kap. 6).

2.5.4 Virtuelle Gemeinschaften

Manche Forschungsarbeiten zum Internet fokussieren weniger auf Veränderungen in der öffentlichen Sphäre und ihrem Einfluss auf bereits bestehenden politischen Strukturen, als dass sie eine neue Form von Gemeinschaft¹⁴ im Netz verwirklicht sehen. Mit der Konzeption einer *Cyberdemokratie* wird die Entstehung neuer Netzwerke (Castells 2002b) und virtueller Gemeinschaften (Gläser 2005; Meckel 1999; Kamps 1999) postuliert, welche die etablierten politischen Strukturen und Prozesse ergänzen könnten. Hier geht es weniger darum, dass Probleme zu ihrer Lösung in das politische System übermittelt werden sollen, als dass sich im Netz Gemeinschaften bilden, die sich selbst um die Lösung ihrer Probleme bemühen.

¹² um nur die zwei wichtigsten ausdifferenzierten Teilsysteme in der Gesellschaft zu benennen

¹³ Dies gilt vor allem, weil die klassischen Leitmedien auch zunehmend online publizieren, was wiederum zu weiteren Rückkopplungsschleifen zwischen beiden führt.

¹⁴ Der Gemeinschaftsbegriff wurde von Ferdinand Tönnies (1991 {1887}) als Gegensatz zur „Gesellschaft“ in die Soziologie eingeführt. Gemeinschaften sind durch gemeinsam geteilte Wert- und Moralvorstellungen sowie Umgangsweisen mit Dingen, Menschen und Symbolen gekennzeichnet. Sie bleiben bei Tönnies in den Kontext nichtvoluntaristischer sozialer Beziehungen mit hohen Ein- und Ausstiegskosten eingebunden. Somit stehen sie als vormoderne Sozialstrukturen der Individualität moderner liberaler Gesellschaften entgegen. In der aktuellen Literatur zu sozialen Beziehungen im Netz wird der Begriff der Gemeinschaft (Community) allerdings in einem wesentlich weiter gefassten Rahmen genutzt (Netzgemeinschaft, Brand-Community etc.), was den Gemeinschaftsbegriff seiner ursprünglichen kontextuellen Einbettung beraubt, und ihm ein gewisse Beliebigkeit zuteil werden lässt.

Der Begriff der *virtuellen Gemeinschaft* wurde durch Howard Rheingolds (1994) Schilderung des Computernetzwerkes WELL in Kalifornien geprägt. Rheingold beschreibt *virtuelle Gemeinschaften* als soziale Zusammenschlüsse, die dann im Netz entstehen, wenn dort ausreichend viele Leute öffentliche Diskussionen „...lange genug führen und dabei ihre persönlichen Gefühle einbringen, so daß im Cyberspace ein Geflecht persönlicher Beziehungen entsteht“ (1994: 16). Rheingold sieht im Entstehen *virtueller Gemeinschaften* einen Beleg für das wachsende Bedürfnis der Menschen, soziale Beziehungen mit Hilfe der computervermittelten Kommunikation herzustellen, „...weil in der wirklichen Welt die Räume für zwanglose soziale Kontakte immer mehr verschwinden“ (ebd.: 17).¹⁵ In diesem Phänomen entdeckt er politisches Potenzial, da er den Kommunikationsmedien eine politische Schlüsselfunktion zuschreibt. Computervermittelte Kommunikation bietet die Möglichkeit, „...das Monopol der politischen Hierarchie über leistungsfähige Kommunikationsmedien zu durchbrechen und dadurch die von den Bürgern ausgehende Demokratie wieder neu zu beleben“ (ebd.: 27). So könnte eine neue „elektronische Agora“ entstehen (vgl. Gore 1994). Gleichwohl sieht Rheingold die Gefahr, dass durch den Missbrauch des Netzes eine düstere Vision des „Panopticons“¹⁶ verwirklicht werden könnte.

Umstritten bleibt aber, ob sich Gemeinschaften – in dem strengen begrifflichen Sinne, wie ihn Ferdinand Tönnies (1991 {1887}) benutzt – tatsächlich in den virtuellen Welten der computervermittelten Kommunikation finden lassen (vgl. Stegbauer 2001; Johnson/ Bimber 2004). Auf der einen Seite wird darauf hingewiesen, dass virtuell verankerte soziale Beziehungen aufgrund ihrer geringen Ein- und Ausstiegshürden sowie ihrer meist engen thematischen Grundlagen zu geringer Bindungskraft entwickeln, um sie als „Gemeinschaft“ bezeichnen zu können. Auf der anderen Seite zeichnet sich das von Rheingold beschriebene Netzwerk der WELLianer gerade durch seine realweltlichen Bindungen aus. „WELLianer die weiter als eine Autofahrt von der Bucht von San Francisco entfernt wohnen, können nur eingeschränkt an den lokalen Netzen persönlicher Bekanntschaften teilnehmen.“ (Rheingold 1994: 12)

¹⁵ Zum Verschwinden sozialer Gemeinschaften im öffentlichen Raum siehe auch: Putnam (2000)

¹⁶ Das „Panopticon“ ist ein Vorschlag Jeremy Benthams aus dem 18. Jahrhundert für ein sicheres Gefängnis, in dem ein Wächter jederzeit jeden Gefangenen sehen kann, während es für die Gefangenen unmöglich ist festzustellen, ob sie nun gerade beobachtet werden oder nicht. So würden sich die Gefangenen jederzeit so verhalten, als stünden sie unter ständiger Überwachung. Michel Foucault (1977) führte diesen Begriff bezogen auf die moderne Massenkommunikation in **ÜBERWACHEN UND STRAFEN** in die Gesellschaftstheorie ein.

3 Partei und Netz

Die in *Kapitel 2* behandelten Ansätze zu der Frage, inwieweit das Netz neue Möglichkeiten zu einer verbesserten Kommunikation zwischen den Bürgern und Politikern bereitstellt, erhielt mit dem überraschenden Erfolg der Piratenpartei bei der Bundestagswahl 2009¹⁷ eine bemerkenswerte Wendung. Trotz der durchaus vorhandenen Bemühungen der etablierten Parteien, mit ihrer Wahlkampf-kommunikation auch im Netz aufzutreten, blieben diese weitgehend wirkungslos. Im Gegensatz dazu formierte sich aus dem Netz heraus ein neuer politischer Akteur. Mit der Piratenpartei ergriffen also Bürger die politische Initiative, denen es nicht mehr reichte, sich über die neuen Medien Gehör in der etablierten Politik zu verschaffen, sondern die durch Gründung einer eigenen Partei selbst zu politischen Akteuren wurden. Damit aber stellt sich die Frage nach der Zukunft der Politik in einer sich wandelnden Kommunikationssphäre in einem neuen Licht. Wie lässt sich der Erfolg der Piratenpartei im Netz erklären? Inwieweit unterscheidet sich die Piratenpartei von den etablierten Parteien? Wie verhält sich ihre Organisationswirklichkeit gegenüber den in den etablierten Parteien vorherrschenden Abläufen? Welche Herausforderungen für politische Organisationen im Umfeld zunehmender Netzkommunikation¹⁸ werden damit deutlich?

3.1 Die etablierten Parteien

3.1.1 Organisation und Massenkommunikation

Vergleicht man die Netzwerkstrukturen des Internets mit den Organisationsmerkmalen der etablierten Parteien, so wird deutlich, wie sehr letztere im Kern noch immer auf den zentralistischen Organisationsprinzipien des späten 19. Jahrhunderts – der Gründungsphase der modernen Massenparteien – beruhen. Von

¹⁷ http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html

¹⁸ 69,4% der über 14jährigen Deutschen nutzen mittlerweile das Internet mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 136 Minuten täglich (vgl. van Eimeren, B. & Frees, B. 2010)

den Ortsvereinen über die Kreis- und Landesverbände bis hin zur Zentrale straff durchorganisiert, waren die Massenparteien des 19. Jahrhunderts ein Erfolgsmodell für die damalige Aufgabe, eine sehr große Zahl an Mitgliedern einzubinden und für die politische Arbeit zu disziplinieren (vgl. Wiesendahl 2006: 55)¹⁹. Zwar wandelten sich die Massenparteien in der Mitte des letzten Jahrhunderts zu Volksparteien (Catch-All-Parties)²⁰, dies hatte allerdings weniger interne organisatorische Umstrukturierungen zur Folge, als dass sie sich mit ihrer Außenkommunikation an die Erfordernisse der modernen Massenmedien anpassten. Vertreten durch telegene Spitzenpolitiker, die mit in kurzen „Soundbytes“ gepackten Statements in der massenmedialen Öffentlichkeit auftraten, gelang es den Parteien, insbesondere das Fernsehen für ihre politische Kommunikation zu nutzen. Diese Ausrichtung auf die massenmediale Kommunikation ging allerdings langfristig auch mit einer zunehmenden Entfremdung des politischen Establishments von den Bürgern einher (vgl. Crouch 2008: 38). Zudem scheint sich das politische Establishment auch von der eigenen Parteibasis, die sich von den Entscheidungen ihrer Führung immer weiter ausgeschlossen fühlt, zunehmend abgekoppelt zu haben.

Prinzipiell lassen sich die etablierten Parteien als Organisationen beschreiben, deren einfache Mitglieder²¹ nur auf der untersten Stufe der Parteienhierarchie zur Mitsprache berechtigt sind. Oberhalb beginnt die Gremienpartei mit ihrem Delegiertensystem (Wiesendahl 2006: 36). Zudem lagerte die in den Gremien etablierte Funktionärselite in den letzten Jahrzehnten ihre Kommunikationsplanung zunehmend auf externe Agenturen aus. Professionelle Politikberater und Kommunikationsstrategen versuchen seither, die Vermittlung von Politik in den Massenmedien zu kontrollieren (Becker 2003; Crouch 2008). Diese Form der Anpassung der politischen Kommunikation an die Erfordernisse einer massenmedialen Öffentlichkeit hatte mit den Wahlsiegen von Clinton, Blair und Schröder in den 1990er Jahren einen Höhepunkt erreicht. Mittlerweile jedoch scheint die Wirkung zentral geplanter und mit hohem finanziellen Aufwand in den Massenmedien umgesetzter Kampagnen zu verpuffen. Nicht nur die Wahlbürger, sondern auch die parteipolitische Basis sehen sich von den Entscheidungsprozessen der politischen Elite immer weiter ausgeschlossen, wovon nicht

¹⁹ Wiesendahl (1998) weist aber gleichzeitig auch darauf hin, dass die in Parteien ablaufenden Prozesse sich oftmals viel unorganisierter und anarchischer vollziehen, als es ihre hierarchische Organisationsstruktur vermuten lässt.

²⁰ vgl. Otto Kirchheimer (1965)

²¹ die rund 85% der Parteimitglieder ausmachen

nur die sinkende Wahlbeteiligungen²² sondern auch die abnehmende Mitgliederzahlen der großen Parteien zeugen (vgl. Wiesendahl 2006: 28).

3.1.2 Parteien im Netz

Bereits Ende der 1990er Jahre hatten die etablierten politischen Parteien in Deutschland begonnen, sich mit den Möglichkeiten des Internets für die politische Kommunikation zu beschäftigen. Nachdem es Howard Dean im US-amerikanischen Vorwahlkampf 2004 gelungen war, eine überraschend starke Unterstützung im Internet zu mobilisieren²³, kamen im bundesdeutschen Wahlkampf 2005 bereits einige Instrumente der Online-Kommunikation zum Einsatz. Unter dem Eindruck der Obama-Kampagne 2008 schließlich waren die Bemühungen der Parteien unübersehbar, die Mobilisierungspotenziale der neuen Medien bei der Bundestagswahl 2009 für sich zu nutzen. Es wurde eine beachtliche Zahl von Webpräsenzen aufgebaut, Wahlwerbespots konnten auf Youtube eingesehen werden, die Politiker „twiterten“ und legten sich Facebook-Profile zu. Gleichwohl dürfte der Erfolg dieser Maßnahmen als marginal angesehen werden. SPD und CDU/CSU verloren insgesamt an Stimmen. Und ob die Gewinne der kleineren Parteien auf ihre Netzaktivitäten zurückzuführen sind, darf in Anbetracht der relativ geringen Resonanz, die diese im Gegensatz zur Piratenpartei²⁴ im Netz auslösten, zumindest bezweifelt werden.

3.2 Netzpartei

Während die etablierten Parteien im Netz nicht entscheidend punkten konnten, führte der Wahlkampf 2009 dennoch zu einem bemerkenswerten Ergebnis für die Zukunft der politischen Kommunikation im Netz. Mit dem Erfolg der bis dahin unbekannten Piratenpartei, erwuchs aus dem Netz eine Protestkommunikation gegen die unter den Chiffren „Zensursula“²⁵ und „Stasi 2.0“ benannten düs-

²² bei der Bundestagswahl 2009 mit 70,8 % nochmals 6,9 % weniger als 2005. Vgl. http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html

²³ die er allerdings nicht in entsprechende Stimmengewinne übersetzen konnte

²⁴ „Mit Abstand am häufigsten ist die Piratenpartei Thema im öffentlichen Diskurs der parteiunabhängigen politischen Blogs und Seiten.“ www.wahlradar.de

²⁵ Der Begriff „Zensursula“ beschreibt den kritischen Diskurs um ein Gesetz, das von den Unionsparteien im Frühjahr 2009 eingebracht wurde. Mit der Familienministerin Ursula von der Leyen als Gallionsfigur sollte dieses Gesetz vorgeblich der Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet dienen. Kritiker sehen aber in der Konstruktion dieses Gesetzes keineswegs

Partei, Netz, Netzpartei

Meinungs- und Willensbildung in der Piratenpartei

Odenbach, J.

2012, XV, 103 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-00375-3